

**Christian Baldauf, MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkten 11 und 12**  
**106. Plenarsitzung, Donnerstag, 27. August 2020**

**„Änderung des Landeshaushaltsgesetzes Nachtragshaushaltsgesetz 2020“**  
**„Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Nachhaltige**  
**Bewältigung der Corona-Pandemie“ (Corona-Sondervermögensgesetz)“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

27.08.2020

## I. Einleitung

Anrede,

wer hatte über den Sommer nicht gehofft, dass es aufhört und sich keine neue Welle aufbaut. Doch diese Hoffnungen scheinen sich nicht zu erfüllen. Und so gilt bei vielen der erste Blick morgens dem Handy: Wie sind die aktuellen Infektionszahlen, wie ist die Corona-Lage heute? Seit dem Frühjahr,

- hat sich unsere Welt,
- hat sich Europa,
- hat sich die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen,
- wie wir zusammen leben, reisen, wirtschaften, mehr verändert als in 30 Jahren zuvor.

Und dahinter kommen wir erstmal nicht zurück, auch wenn wir uns noch so sehr nach den alten Normalitäten, zu Hause, im Job, in Geschäften, auf der Straße, auf Plätzen, nach der unbeschwerten Selbstverständlichkeit, aufeinander zuzugehen, zurücksehnen.

Anrede,

bei unseren Bürgerinnen und Bürgern ist eine Verunsicherung zu spüren, was die eigene Lebenssituation betrifft. Und in der Politik ist die Frage, was ist gerade richtig oder falsch – kein Bewertungsmaßstab mehr, weil schon morgen das, was heute richtig ist, überholt sein kann. Im Moment kann es nur um eines gehen: Risiken für die Gesellschaft, für die Menschen abzufedern.

- Gesundheitliche Risiken,
- Bildungs-Risiken,
- wirtschaftliche Risiken,
- existenzielle Risiken.

Und alle hängen miteinander zusammen. Umso mehr müssen wir unsere Kräfte zur Bewältigung der Krise bündeln. Deshalb rechnen und planen wir aktuell in finanziellen Dimensionen, die noch vor kurzem in diesem Haus unvorstellbar schienen. Für die CDU-Fraktion erkläre ich: Wir sind in der Notlage an Bord und begleiten den Kurs der Landesregierung konstruktiv – mit guten Vorschlägen, die Sie leider abgelehnt haben, etwa:

- Ein Soforthilfe-Programm für die Wirtschaft, mit eigenem Landesgeld, so wie es andere Bundesländer erfolgreich gemacht haben.
- Eine Vereinsförderung, die die Vereine nicht zwingt, ihre Rücklagen aufzubrechen.
- Die Existenzsicherung von Künstlern.
- Ein Rettungsplan „Gemeinschaft und Soziales“ mit Blick auf die Pflege, die gemeinnützigen Einrichtungen, die Beratungsstellen für Mädchen, Frauen und Kinder sowie eine Bonuszahlung für Pflegekräfte – aber Sie wollten ja lieber Lavendelpflänzchen als Dankeschön verteilen.

Und wir geben Acht. Darauf, dass die Parlamentsrechte gewahrt bleiben, die parlamentarische Kontrolle und dass die Richtung stimmt. Denn vieles könnte aus unserer Sicht besser laufen. Es geht bei dem Nachtrag hier aber nicht allein um einen haushälterischen Akt. Es geht um einen Blick in die Zukunft unseres Bundeslandes.

Die Bewältigung der Pandemie zwingt unsere Gesellschaft, die Wirtschaft – und das ist eine weitere Herausforderung, in einen großen Strukturwandel.

Anrede,

unser Bildungssystem, unsere Wirtschaft, auch unser Gesundheitssystem werden sich in den nächsten Jahren stark verändern. Gesundheitspolitik in Zeiten von Corona – da geht es darum, die bestmögliche Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Bildungspolitik in Zeiten von Corona – da geht es um Lebens-Chancen einer ganzen Generation. Wirtschaftspolitik in Zeiten von Corona – da geht es um

- eine revolutionäre, technologische Transformation,
- die Notwendigkeit, Klima und Umwelt zu schützen,
- die grundlegende Erneuerung unseres Energiesystems,
- unsere Mobilität,
- Industrie, Landwirtschaft, Städtebau.

Für die CDU-Fraktion hat es höchste Priorität, die Wirtschaft während Corona und darüber hinaus in Gang zu halten. Denn das allein sichert gute Bildung, sicherere Arbeitsplätze, Klimaschutz und Wohlstand.

Deshalb fragen wir uns: Setzt die Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt die richtigen Schwerpunkte? Werden die Mittel so eingesetzt, dass sie den Menschen in Rheinland-Pfalz bestmöglich helfen? Reicht es, um Insolvenzen der Betriebe zu verhindern? Reicht es, um jedes Kind bestmöglich zu fördern?

## **II. Bildung**

Wenn die Zukunft unseres Landes irgendwo entschieden wird, dann bei der Bildung unserer Kinder. Corona hat wie ein Brennglas viele Probleme noch deutlicher zu Tage gebracht, etwa die digitale Ausstattung der Schulen oder die mangelnde Anbindung ans Breitbandnetz. Das liegt nicht an den Schulen, nicht an den Lehrerinnen und Lehrern, nicht an den Schülerinnen und Schülern und nicht am Home-Schooling und auch nicht an den Eltern. Es liegt an der langjährigen Bildungspolitik dieser Landesregierung. Wir als CDU sind für

- Laptops, Tablets für Lehrerinnen und Lehrer,
- flächendeckende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten,
- die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler in einem modernen Ausleihsystem,
- eine gesicherte EDV-Betreuung an den Schulen,
- Außerdem gehört für uns digitale Bildung grundsätzlich zum Bildungsauftrag. Rheinland-Pfalz muss aufholen!

Die Ministerpräsidentin, spricht schon seit langem von der Gigabit-Gesellschaft in Rheinland-Pfalz. Corona zeigt einmal mehr: Ihre digitale Offensive ist in Wahrheit eine digitale Lethargie! Auf eine falsche Zahl mehr oder weniger kommt es da auch nicht mehr an, so hat, Ministerpräsidentin Dreyer, im SWR-Sommerinterview behauptet, dass schon 37.000 Tablets und Endgeräte direkt ausgeliehen worden seien.

Dabei standen nur knapp 17.000 zur Verfügung und es wurden auch nur 4.414 Geräte ausgeliehen. Das sind gerade mal 12 Prozent der Zahl, die Ihnen im Sommerinterview vorschwebte. Erst am Wochenende forderten Sie, dass alle Kinder ein digitales Endgerät in ihrem Schulanfang haben sollen. Ja – dann packen Sie es doch um Himmels willen hinein!

Wir als CDU-Landtagsfraktion fragen uns: Warum setzen Sie es nicht um? Und wann werden alle Lehrer und Schüler tatsächlich mit Endgeräten ausgestattet sein und IT-Fachleute, Admins, für die Schulen zur Verfügung stehen? Ohne die Hilfe der Bundesregierung, ohne den Digital-Pakt könnten die Städte und Kreise bis heute keine Endgeräte anschaffen!

Diese Bundesmittel sind es dann auch, für die sich die Abgeordneten-Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten Land auf, Land ab in Pressemitteilungen feiern lassen. Aber sich mit fremden Federn zu schmücken, war immer schon eine der Königsdisziplinen der rheinland-pfälzischen SPD!

Deutlicher als je zuvor tritt die angespannte Personalsituation an den rheinland-pfälzischen Schulen zutage. Es ist absehbar, dass infolge von Infektionsentwicklungen Präsenzunterricht und Home-Schooling parallel erteilt werden müssen. Dies erfordert mehr Personal. Und auch wenn Sie jetzt entsprechende Mittel in diesen Nachtragshaushalt eingestellt haben, wurde das Problem doch über Jahrzehnte hinweg von Ihnen verschlafen. Wären die Schulen personell nicht auf Kante genäht, müssten wir jetzt keinen Zusammenbruch befürchten und eilig aufstocken. Von kleineren Klassengemeinschaften reden wir dabei noch gar nicht.

Gleichzeitig erreichen uns Hilferufe von Lehrerinnen und Lehrern mit befristeten Verträgen, die ein Weiterbeschäftigungsverbot befürchten. Ein junger Lehrer aus der Pfalz, gerade 30 Jahre alt, schreibt uns, dass ihm nach 5 Jahren mit befristeten Verträgen, jetzt ein Berufsverbot an rheinland-pfälzischen Schulen droht – mal ganz im Ernst – wer soll das verstehen? Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Dieser junge Mann steht bei uns, in seiner Heimat, vor dem beruflichen Aus – weil Sie nicht bereit sind, mehr feste Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen! Und solange andere Bundesländer Lehrerinnen und Lehrer besser bezahlen, früher verbeamten und unbefristet einstellen – solange wandern unsere gut ausgebildeten Kräfte ab. Wir werden das nach einem Wahlsieg ändern.

Frau Ministerin Hubig,

Sie hatten seit Ende März für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes Zeit.

- Mehr Klassenräume,
- mehr Schulbusse,
- kleinere Klassen und Lerngruppen,
- mit mehr Personal auf Plan- und nicht nur Vertretungsstellen.

Das Land ist in der Pflicht, die Ausbreitung der Pandemie einzugrenzen und die Schülerinnen und Schüler zu schützen. Leider müssen wir feststellen: Sie kommen dieser Pflicht nicht umfassend nach!

### **III. Wirtschaft**

Schauen wir auf die Betriebe im Land. Auf die Unternehmerinnen und Unternehmer, die um ihre Existenz, um ihr Lebenswerk fürchten und die Angestellten, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Für die Wirtschaft hatten Sie davon gesprochen, Herr Minister Wissing, „ihr Pulver nicht zu früh verschießen“ zu wollen. Aber was konkret hieß das in den ersten Wochen und Monaten dieser größten Wirtschaftskrise, die wir in der jüngeren Geschichte erleben müssen?

- Es bedeutet viel zu wenig Landesmittel zur Unterstützung von Unternehmen.
- Es bedeutet Rückzahlungsverpflichtungen statt echter Zuschüsse, so dass sich die Betriebe in der Krise noch weiter verschulden müssen.
- Es bedeutet, dass Unternehmen mit mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leer ausgingen.

Im Zuge des ersten Nachtragshaushaltes haben Sie 38 Millionen Euro Kredite und 7,5 Millionen Euro Zuschüsse ausgezahlt. Ist das viel? Ist das wenig? Reicht es für die rheinland-pfälzische Wirtschaft? Die Zahlen stehen in Relation zu 535 Millionen Euro Zuschüssen des Bundes an die Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung kommt somit auf knapp 1,5% der Zuschüsse im Vergleich zur Bundesregierung. 1,5 Prozent!

Dies verdeutlicht, was die Ampel bisher für die Unternehmen im Land übrig hatte: Zögerliche Solidaritätsbekundungen – flankiert von verspäteten Verordnungen, die freitagabends eingegangen und montags schon umgesetzt sein sollten.

Anrede,

heute werden Programme und Verbesserungen angekündigt, die die Regierung schon längst hätte umsetzen können, und zwar lange vor Corona. Sie wollen jetzt Mittel bereitstellen:

- Für die Stärkung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung;
- für Wagniskapital zur Digitalisierung der Wirtschaft;
- oder für Standortmarketing;

Die hierfür veranschlagten Mittel sind wichtig für unsere Wirtschaft, keine Frage. So kann jetzt hoffentlich wenigstens noch ein Teil der Unternehmen gestärkt aus der Krise kommen. Nur hätten Sie viel, viel früher handeln müssen. Unsere Vorschläge liegen Ihnen seit Langem auf dem Tisch. Die CDU-Fraktion hat sich seit Beginn der Corona Krise konstruktiv in die Debatte eingebracht. Einige unserer Vorschläge haben Sie ja umgesetzt oder möchten dies demnächst tun. Hierzu gehören

- der Digitalisierungsbonus
- die Innovationsgutscheine
- und ein endlich erhöhter Etat für den Tourismus in Rheinland-Pfalz.

Wir brauchen ein Umsteuern, einen anderen Kurs in der Wirtschaftspolitik unseres Landes.

- Wir möchten Rheinland-Pfalz endlich zum Land für Gründerinnen und Gründer machen und wollen deshalb ein Gründungsstipendium, um junge Leute im Land zu halten.
- Wir möchten Innovationen nicht nur in Hochglanzbroschüren der Landesregierung, sondern Innovationen in den Betrieben. Deshalb schlagen wir ein Programm für kleine und mittelständische Unternehmen vor, das ihnen hilft, sich selbst zu erneuern – mit der Unterstützung eines Innovationsmanagers.

Anrede,

Wirtschaftspolitik auf Landesebene ist immer auch Bildungspolitik.

Wir müssen das Ressortdenken überwinden, vernetzter denken. Investitionen in die Bildungspolitik – das sind Investitionen in unsere Kinder. Sie sind Chancengerechtigkeit – ja. Sie sind aber zugleich Investitionen für den Standort Rheinland-Pfalz, für gute und sichere Arbeitsplätze, für unsere Regionen, unsere Heimat.

#### **IV. Kommunen**

Ob in den Städten, Kreisen oder Gemeinden, überall vor Ort leisten die Bürgermeister und Landräte mit ihren Gesundheitsämtern einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Pandemie. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank. Sie versuchen Tag für Tag, eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Aus diesem Grund ist es ein wichtiges Signal, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen umfangreichen Finanzierungspakt für unsere Gesundheitsämter angekündigt hat. Dieser wird sie langfristig stärken. So etwas hätte ich mir bereits vor Monaten von der Landesregierung gewünscht.

Frau Ahnen,

nach dem es lange Zeit schon zehn waren, kommen jetzt elf der 20 höchstverschuldeten Kommunen aus Rheinland-Pfalz. Der Trend zeigt nach unten, nicht nach oben. Um die Finanzen unserer Städte und Kreise ist und bleibt es schlecht bestellt. Eine Entwicklung, die Sie zu verantworten haben.

Nunmehr haben Sie einen 750 Mio. Euro Rettungsschirm angekündigt, dabei immer wieder betont, Sie stehen in dieser schweren Krise an der Seite der Kommunen. Sie packen das sogar in die Überschrift für den Nachtragshaushalt. Schauen wir mal genau hin, was unsere Städte, Landkreise und Gemeinden von ihrer Landesregierung erwarten dürfen. Der größte Teil dieser 750 Millionen Euro, 400 Mio. Euro, stammen aus der Stabilisierungsrechnung der Kommunen.

Aber was ist das? Jedenfalls kein Landesgeld, Frau Ahnen, das Sie freigeben, um es als Ihre Wohltat zu verkaufen. Es ist, war und wird immer kommunales Geld bleiben, welches für schlechte Zeiten bei Ihnen hinterlegt wurde. Also wieder das vertraute Phänomen: Die Landesregierung schmückt sich mit fremden Federn und das auf Kosten anderer.



Sie geben als Soforthilfen 100 Mio. Euro an die Kommunen. Geld, das dringend für Schutzmaterial, für Masken, für Testzentren, für die Aufklärung vor Ort benötigt wurde. Doch hier dürfen wir nicht stehenbleiben. Die Gemeinden und kleinen Städte sind bisher bei den Corona-Hilfen leer ausgegangen. Und denken wir an die kommunalen Einrichtungen, an die Schwimmbäder: Wie sollen Kommunen die Einnahmeausfälle kompensieren?

Wie sollen dringende Renovierungen in den Wirtschaftsplänen abgebildet werden, wenn die Finanzierung hinten und vorne nicht mehr gelingt? Was ist mit Änderungen an Ticket- und Buchungssystemen? Dies gilt im gleichen Maße für den Erhalt unserer kulturellen und sportlichen Einrichtungen. Wenn wir dieses Leben, wie wir es kennen, schützen wollen, dann müssen wir ein Vielfaches mehr tun, als ein paar Prozentpunkte dieses Nachtragshaushaltes leisten können.

## V. Sondervermögen

Anrede,

ich darf nochmals aufgreifen, was ich eingangs betont habe: Wir als CDU-Fraktion sind in dieser Notlage an Bord. Wir suchen nach besten Lösungen gegen diese Krise. Und wir geben Acht. Das verpflichtet uns, heute über das Instrument „Sondervermögen“ zu sprechen. Ein Sondervermögen

- geht zu Lasten der Transparenz – gegenüber dem Parlament und gegenüber der Öffentlichkeit
- es berührt eine ganze Reihe wesentlicher Grundsätze der öffentlichen Finanzen – Verfassungsprinzipien – wie die Vollständigkeit und Einheit des Haushaltes, Jährlichkeit und Fälligkeit, Haushaltsklarheit.
- ein Sondervermögen beschneidet das Budgetrecht des Landtages. Die SPD in Hessen nennt ein Sondervermögen „Schattenhaushalt“.

Anrede,

unsere Verfassung schützt den Haushalt und die Mitwirkungsrechte des Parlamentes. Nur wenn es gute Gründe gibt, warum öffentliche Finanzen nicht im Landeshaushalt selbst abgebildet werden können, darf über ein Sondervermögen nachgedacht werden. Diese Gründe gibt es – nach aktueller Kenntnis – nicht. Das sagen nicht wir, das ist nicht meine Privatmeinung oder die politische Einschätzung der CDU-Fraktion.

Nein, es ist die offizielle Position des Landesrechnungshofes Rheinland-Pfalz. Der Rechnungshof sagt, dass die von der Landesregierung vorgebrachten Argumente zur Errichtung eines Sondervermögens Ausnahmen von den Verfassungsprinzipien nicht rechtfertigen. Die Aufgaben könnten ebenso gut innerhalb des Landeshaushaltes erfüllt werden. Da sind weitere Punkte, vor denen der Rechnungshof warnt:

1. Im Landeshaushalt und im Sondervermögen sollen Positionen für denselben Zweck geschaffen werden. Wie eine Abgrenzung aussehen soll, weiß niemand. Doppelte Strukturen schaffen keine Transparenz.
2. Ein Sondervermögen setzt wichtige jährliche Steuerungsinstrumente außer Kraft, wie die Haushaltsanalyse, die Netto-Kreditaufnahme oder die Investitionsquote.
3. Und der Rechnungshof stellt fest, dass mehrere Vorhaben aus dem Sondervermögen normale Staatsaufgaben sind oder einfach nichts mit der Bewältigung der Corona-Krise zu tun haben.

Die FDP mit Volker Wissing hat 2016 stolz plakatiert „er macht den Haushalt“. Und jetzt schauen Minister Wissing und sein Verfassungsminister sehenden Auges zu, wie man zumindest ganz nah an die Grenze der Verfassungswidrigkeit geht oder sie sogar überschreitet.

Meine Damen und Herren,

der Rechnungshof gibt uns, dem Landtag als Gesetzgeber auf, „die Errichtung eines Sondervermögens noch mal kritisch zu prüfen.“ Genau das, wird in den kommenden Wochen der Beratung unsere Aufgabe sein.

## **VI. Schluss**

Anrede,

Inzwischen ist uns allen klar, ein schnelles Wunder wird es nicht geben. Wir werden uns den Weg durch die Krise, jeder in seinem Job, jeder in seinem Alltag, hart erarbeiten müssen, indem wir auf einander achtgeben.

Es wird auf jeden Einzelnen ankommen. „Gemeinsinn“ ist das Wort, das in Corona-Zeiten mehr als alles andere zählt. Jeder muss auf seinem Platz, einen Beitrag dazu leisten, die Pandemie – und sei es nur durch Abstand halten und konsequentes Tragen einer Maske – in Schach zu halten.

Wir dürfen nicht nachlassen in dem Bemühen, Infektionsketten früh zu erkennen und zu durchbrechen. Damit wir halbwegs gut durch Herbst und Winter kommen. Diese Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen.